

## »» NEWSLETTER ««

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 13. September 2024



### In dieser Ausgabe

Wende in der  
Asylpolitik

Zustrombegrenzungs-  
gesetz

Debatte zum  
Bundeshaushalt

Waldbegehung im  
Wahlkreis

Kurz und Knapp:  
Termine in Bildern

Terminvorschau

## »»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2025. Höhepunkt war am Mittwochvormittag die Generaldebatte. Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz machte deutlich: "So wie er ist, kann er natürlich nicht bleiben."

Ungewöhnlich an dieser Haushaltswoche war jedoch, dass wir auch über verschiedene Gesetzentwürfe zum Thema innere Sicherheit und Migration – ausgelöst durch das Attentat in Solingen am 23. August mit drei Toten und vielen Schwerverletzten - debattierten. Die CDU/CSU hat dazu einen Gesetzentwurf zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland vorgelegt.

Wie Sie auf Social Media verfolgen konnten, bin ich über den Sommer einige Male in den Osten Deutschlands gereist, um die Kolleginnen und Kollegen dort vor Ort in ihren Wahlkämpfen zu unterstützen.

In der vergangenen Woche traf ich mich hier im Landkreis mit Forstfachleuten und -behörden sowie der AGDW - Die Waldeigentümer zu einer Waldbegehung, um über eine sinnvolle und naturschützende Bewirtschaftung unserer Wälder zu diskutieren und Erfahrungen aus Theorie und Praxis auszutauschen.

Mehr zu ausgewählten sowie weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder auf der Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de).

Alles Gute

Ihr Hermann Färber

## »»» WENDE IN DER ASYLPOLITIK

Wir haben sehr deutlich gemacht, dass es uns darum geht, eine Vereinbarung mit der Bundesregierung zu erreichen, die im Ergebnis den Stopp der illegalen Migration zur Folge hat. Unser Land befindet sich nach wie vor in einer anhaltenden schweren Migrationskrise, und die Belastungsgrenzen sind schlichtweg erreicht und teilweise überschritten. So hatte unser Vorsitzender Friedrich Merz Bundeskanzler Olaf Scholz in einem persönlichen Gespräch am 27. August 2024 die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeboten, um eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik zu erreichen. Anschließend lud die Bundesregierung zu einem ersten Treffen mit Vertretern der CDU/CSU ein, bei dem wir erneut deutlich gemacht haben, welche Maßnahmen jetzt in der Asyl- und Migrationspolitik notwendig sind. Dazu gehören die Beendigung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, die Beendigung von freiwilligen Aufnahmeprogrammen (z. B. für Afghanistan) und die Wiedereinführung des Ziels der Begrenzung von Migration im Aufenthaltsgesetz.

Entscheidender Punkt war und ist der Schutz der deutschen Grenze vor unerlaubten Einreisen. Nur Zurückweisungen an der deutschen EU-Binnengrenze können die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland unterbinden. Eine solche Zurückweisungspraxis würde das Grundprinzip des "Dublin-Systems" wiederherstellen: Der Ersteinreisestaat ist für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig. Eine solche Zurückweisungspraxis ist nach unserer Rechtsauffassung möglich und nötig.

Die Bundesregierung hat in einem am Dienstag stattgefundenen zweiten Gespräch ihren Vorschlag vorgelegt und setzt dabei im Kern nicht auf Zurückweisungen an der Grenze, sondern auf beschleunigte Dublin-Verfahren im existierenden System der Asyl- und Migrationspolitik. Es ist jedoch fraglich, ob eine solche Beschleunigung mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenem Verfahren erreicht werden kann. Denn: Die Bundespolizei soll bei Einreise nach Deutschland "prüfen", ob ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Anschließend soll es ein "beschleunigtes Verfahren" der Rücküberstellung in den Ersteinreisestaat erfolgen.

Dieser Vorschlag der Ampel wird keine Zurückweisungen an der Grenze nach sich ziehen, sondern das existierende (gescheiterte) System fortführen und illegale Reisen nach Deutschland nicht verhindern. Die CDU/CSU hat daher in dieser Woche ihre Forderungen nach konsequenter Zurückweisung an der Grenze zur Beendigung der massenhaften illegalen Einreise nach Deutschland erneuert:

- Durch einen funktionierenden Schutz der gemeinsamen, europäischen Außengrenze wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen auf die Dauer überflüssig machen. Bis dahin müssen allerdings wirksame Grenzkontrollen an den Binnengrenzen aufrechterhalten werden.
- Die Grenzkontrollen müssen prinzipiell mit der Zurückweisung von Personen verbunden werden, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.



Bildquelle: Canva.

Die nun tatsächlich notwendigen Maßnahmen für eine neue Asyl- und Migrationspolitik sind mehrfach benannt und wiederholt. Es gibt jetzt keinen Redebedarf, sondern Handlungsbedarf.

## ZUSTROMBEGRENZUNGSGESETZ

Im Zusammenhang mit der aktuellen Situation bei der Migration hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche auch über unseren Gesetzentwurf "zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland" debattiert, der darauf abzielt, die Begrenzung der Zuwanderungssteuerung wieder als ausdrückliche Vorgabe für die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes festzulegen, da die Integrationskapazitäten in Deutschland in einem Maße erschöpft, dass der Familiennachzug zu Personen mit subsidiärem Schutz bis auf Weiteres zu beenden ist.

Um die Ausreisepflicht von auf Bahnhöfen angetroffenen Personen durchsetzen zu können, muss die Bundespolizei eine eigene Zuständigkeit für "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" erhalten. Diese Regelung soll:



Bildquelle: Canva.

- Nicht-EU-Angehörige ohne Duldung sowie solche mit einer Duldung wegen fehlender Reisedokumente erfassen,
- die Beantragung von Haft und Gewahrsam zur Sicherung der Abschiebung beinhalten.

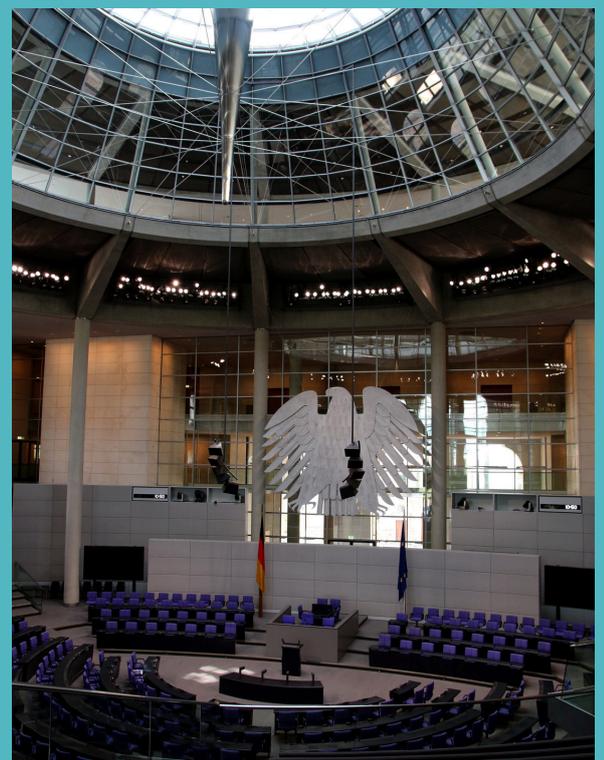
Für das Tätigwerden der Bundespolizei ist das Einvernehmen der zuständigen Ausländerbehörde erforderlich, es sei denn, dieses kann – zum Beispiel außerhalb der üblichen Geschäftszeiten der zuständigen Ausländerbehörde – nicht sofort hergestellt werden.

## DEBATTE ZUM BUNDESHAUSHALT

Ein Ausgabenvolumen von 488,6 Milliarden Euro umfasst der Bundeshaushalt 2025 nach dem Entwurf der Bundesregierung - Sondervermögen noch nicht eingerechnet. Die Neuverschuldung ist aktuell mit 51,3 Milliarden Euro beziffert. Den größten Einzeletat stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 36,69 %, gefolgt vom Bundesministerium der Verteidigung mit 10,9 % und dem Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr mit 10,17 % ([hier nachzulesen](#)).

Bei genauerer Betrachtung stellt der aktuelle Entwurf des Bundeshaushaltes die Weichen in die falsche Richtung. Wir schaffen es, unserer Auffassung nach, damit nicht, die Wettbewerbsbedingungen in Deutschland zu verbessern. Dies gelingt nur, wenn wir Schwerpunkte setzen.

Der Entwurf der Bundesregierung wurde nach den Debatten in dieser Woche zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Die Abschlussrunde zum Haushalt 2025 ist für Ende November geplant.



Bildquelle: Canva.

## »»» "DEN WALD SCHÜTZEN DURCH NÜTZEN" - WALDBEGEHUNG MIT FORSTFACHLEUTEN AUS DEM LANDKREIS UND DER WISSENSCHAFT



Rund 20 Forstfachleute aus den Forstbehörden, private Waldbesitzer aus dem Kreis, der Präsident der AGDW - Die Waldeigentümer, Prof. Dr. Andreas Bitter, die CDU-Landtagsabgeordnete Sarah Schweizer sowie der 1. Landesbeamte des Landkreises Göppingen, Jochen Heinz, folgten meiner Einladung zu einer Waldbegehung im Raum Eislingen und Böhmenkirch/Lauterstein/Ruppertstetten. Ziel war es, Politik, Wissenschaft sowie Praktiker aus Forstbehörden und -betrieben zusammenzubringen und Erfahrungen auszutauschen, wie eine sinnvolle, wirtschaftlich auskömmliche und dem Klimaschutz dienende Bewaldung mit einer gesunden Mischung aus Pflanzen- und Baumarten aussehen kann. Die Waldbegehung stand auch im Zeichen der aktuellen Debatte zur Novelle des Bundeswaldgesetzes.

In der Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass für eine effiziente Bewirtschaftung insbesondere eine vollständige Kartierung öffentlicher sowie nicht-öffentlicher Wälder, rationale Lösungen im Sinne eines klimaangepassten Wirtschaftens, einfach anwendbare Förderprogramme sowie Stabilität und Planungssicherheit bei der Förderung notwendig sind. Die Vertreter der Forstbehörden und Waldbesitzer machten darauf aufmerksam, dass die wichtige Mischung an Baumarten aufgrund teilweise fehlender jedoch notwendiger und umsetzbarer Förderprogramme verloren gehe. Ein weiteres Problem aus Sicht der Praktiker sei der Fachkräftemangel: Die Ausbildungszahlen seien zwar zufriedenstellend, die Tarifbedingungen jedoch derart unattraktiv, dass es schwierig sei, die Fachkräfte in den Betrieben zu halten.

Die Stärkung der Forst- und Holzwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor in ländlichen Räumen ist eines der Ziele der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Beratungen zur Novelle des Bundeswaldgesetzes. Um hier voranzukommen, brauchen Waldbesitzer Bürokratieabbau und Gestaltungsfreiräume. Außerdem gilt es, die Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffes Holz voranzubringen sowie Kleinwaldbesitzer bei der Marktteilnahme zu unterstützen. Zudem sind gute Rahmenbedingungen für den Waldumbau und Flexibilität notwendig, um klimastabile Mischwälder zu schaffen und um regionalen sowie lokalen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können. Wenn gebietsheimische Bäume gepflanzt werden können, ist das zu bevorzugen, aber es braucht Alternativen für die Standorte, wo das nicht möglich ist.

"Schützen durch Nützen" - sprich: Gewinnung und wirtschaftliche Nutzung von Holz als Rohstoff, Natur- und Klimaschutz, sowie Erholungsraum für Menschen - diese drei Waldfunktionen müssen im neuen Bundeswaldgesetz abgebildet sein. Für eine abschließende Bewertung muss der fertige Gesetzentwurf der Bundesregierung jedoch erst noch abgewartet werden.

Die Forstbehörden und Betriebe kennen die Situation vor Ort genauestens und sind aufgrund ihrer Erfahrung am besten in der Lage zu entscheiden, welche Maßnahmen für eine naturschützende und wirtschaftliche Bewaldung sinnvoll sind. Oder anders gesagt: "Wir müssen die Waldbauern einfach machen lassen."

# Kurz&knapp: Einige Termine in Bildern

## »»» TAG DER EIN- UND AUSBLICKE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES: AUSTAUSCH ZUM BÜRGERRAT "ERNÄHRUNG IM WANDEL"

Zentrale Themen waren:

- Ablauf des Bürgerrates
- Empfehlungen und ihre Resonanz
- Aktueller Stand der parlamentarischen Beratungen



© Deutscher Bundestag / Henning Schacht



## BUNDESKONGRESS FORSTWIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENSCHLÜSSE: PODIUMSDISKUSSION MIT DEN WALDPOLITISCHEN SPRECHERINNEN UND SPRECHERN DER FRAKTIONEN



Zentrale Themen waren:

- Finanzierung der Forstwirtschaft
- Novellierung des Bundeswaldgesetzes

## »»» GRUSSWORT BEIM PARLAMENTARISCHEN TIERSCHUTZFRÜHSTÜCK DES DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUNDES

Zentrale Themen waren:

- Novellierung des Tierschutzgesetzes
- Ehrenamtlicher Tierschutz
- Situation der Tierheime



## »»» TERMINVORSCHAU

16. September 2024 | 16 Uhr:  
Bürgersprechstunde, Wahlkreisbüro, Süßen.

16. September 2024 | 19 Uhr:  
Sitzung des CDU-Kreisvorstands.

17. September 2024 | 19 Uhr:  
Lossprechungsfeier der Kreishandwerkerschaft, Uditorium, Uhingen.

18. September 2024 | 17 Uhr:  
BürgerDialog des Landkreises Göppingen, Landratsamt, Göppingen.

### **Links**

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### **Pressemitteilungen**

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### **Kontakt**

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)